Halle'sches Tageblatt.

Neunundsechzigster Jahrgang.
Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle und den Saalkreis.
Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Beilagegebühren 9 Mark.

Supplemente für die nachfolgende Nummer bestimmt, werden bis 11 Uhr Vormittags, spätere dagegen Tags zuvor erbeten.

Supplemente befordern sämtliche Annoncen-Bureau.

Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Insertionspreis für die vierzeilige Corputzeile oder deren Raum 15 Pf.

Nr. 145.

Dienstag, den 25. Juni.

1878.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Galtstraße 67 und R. Penne, Leipzigerstraße 77.

Mit Ablauf des Vierteljahres, ersuchen wir die bisherigen und neu hinzutretenden Abonnenten des Tageblattes, ihre Bestellungen auf dasselbe rechtzeitig erneuern resp. aufgeben zu lassen. Auch für das neue Quartal sind wir bemüht gewesen, den Ansprüchen unseres Leserkreises an den politischen, lokalen und feuilletonistischen Theil des Tageblattes vollständig zu genügen.

Der Abonnementspreis beträgt in unserer Expedition sowie bei sämtlichen kaiserl. Postanstalten für das Quartal 2 Mark.

Bekanntmachungen für die vierzeilige Zeile oder deren Raum 15 Pf.

Die Anzeigen erbiten wir uns spätestens bis 9 Uhr Morgens, da sie nur in diesem Falle in die am demselben Nachmittage erscheinende Nummer Aufnahme finden können.

Red. u. Exped. des Halle'schen Tageblattes.

Berlin, 23. Juni.

Die Verhandlungen im Staatsministerium über die Vorlagen gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen sind so weit gediehen, daß deren Vorlegung an den Bundesrat im Laufe der nächsten Woche zu erwarten steht. Es ist wahrscheinlich, daß der Bundesrat diese Vorlagen noch vor seinem Eintritt in die Ferien erledigen wird. Allerdings werden mehrere Tage der Vorbereitung notwendig sein, da die Bundesratsmitglieder von ihren betreffenden Regierungen erst Instruktionen werden abwarten müssen. Ob dem Reichstage auch noch andere Vorlagen als diese Ausnahmengesetze zugehen werden, darüber verläutet vorläufig noch nichts. Es wird dies ganz davon abhängen, wie die Verhandlungen im Reichstage über die Ausnahmengesetze verlaufen werden.

— Wie man hört, ist des Kaisers Stimmung eine zu Heiterkeit geneigte, sobald ihn die Schmerzen am Arm verlassen. Bei dem ersten Versuch, vom Bett zum Lehnstuhl zu gelangen, pausierte er, um, sich selbst mustern, bemerkte er zu den ihn führenden Leibwächtern: „Nun, Paradeschritt ist das noch nicht!“ Die Letzte sollen sehr erfreut sein, daß sie an dem Kaiser einen äußerst ruhigen, gebührenden Patienten haben, der sich in sein Leben mit einem Anflug von Humor fügt. Sein bitteres Wort kommt über des edlen Monarchen Lippen um des ihm zugefügten Leides willen; er dankt nur für jede ihm entgegengebrachte Teilnahme und freut sich über die Blumenpracht in seinen Zimmern; die Blumen brach die Liebe von Tausenden, die unablässig darauf bedacht sind, dem Kaiser Tag für Tag eine Ueberfluthung zu bereiten. Der Kronprinz und die Kronprinzessin sehen den Monarchen täglich, aber nur auf ganz kurze Zeit; die Letzte sind ängstlich darauf bedacht, daß ihr Patient von jeder Aufregung befreit bleibt. Mit den Ueberfluthungsprojekten hat es noch gute Wege. Allerdings sieht Wilhelmshöhe bei Kassel in Rede, allein der Kaiser muß erst reisefähig sein; bis er im Stande sein wird, eine Tagesreise zu machen, vergehen doch noch vier, sechs Wochen.

— In der gestern stattgehabten Sitzung des Bundesrats wurde neben anderen Vorlagen, welche den Anträgen der beratenden Ausschüsse entsprechend zur Erledigung gelangten, auch über die Beschlüsse des Reichstags zur Rechtsanwaltsordnung Beschluß gefaßt. Der Rechtsanwaltsordnung wurde in der vom Reichstage angenommenen Fassung die Zustimmung erteilt, der Resolution des Reichstags wegen einheitlicher Regelung des juristischen Prüfungswesens dagegen eine Folge nicht gegeben. Weiter genehmigte die Versammlung mehrere ihr vom Präsidium vorgelegte Entwürfe von Gesetzen für Elsaß-Lothringen betreffend a) die Kreise, b) die Kreisstrassen und Gemeindewege und c) die Unterhaltung und die Verwaltung der öffentlichen Schulen, theils unverändert, theils mit geringen Modifikationen.

— Wie heute unterrichtete Personen behaupten, soll der neugewählte Reichstag am 2. September zusammenzutreten. Wien, 23. Juni. Die „Polit. Korresp.“ bringt folgende Mittheilungen. Aus Belgrad von gestern: Die Fürstenthümer Serbien und Montenegro sind nach Berlin abgereist, um dem Kaiser ein Memorandum über die Forderungen der in Bosnien lebenden orthodoxen Serben zu überreichen. — Aus Konstantinopel von heute: Demeter Bratianu wird heute vom Sultan in Audienz empfangen und sehr hiezu nach Bukarest zurück. Bratianu ist von dem ihm auf der Flucht zu Theil gewordenen Empfangen befriedigt; die Frage des Austausch der kriegsgefangenen ist geschlichtet. — Aus Athen vom 22. d. M. läßt sich die „Polit. Korresp.“ melden, man sei dort mit der Form der vom Kaiser beschlossenen Zulassung Griechenlands nicht zufrieden. Vor der Abreise des Ministers des Auswärtigen, Desjannis, habe das Kabinett beschloffen, eine eventuelle

Zulassung Griechenlands zum Kongreß mit bloß konsultativer Stimme nicht acceptiren zu wollen; jedoch würde in diesem Falle der griechische Gesandte in Berlin den Kongreßverhandlungen beiwohnen, der griechische Minister des Auswärtigen aber nach Athen zurückkehren. In Epirus und Thessalien ist der Aufstand wieder im Wachsen, auch auf Kreta wird der Aufstand von zahlreichen Führern der Insurgenten organisiert, es haben neuerdings mehrere blutige Kämpfe zwischen den Insurgenten und den Türken stattgefunden.

— Ein Telegramm der „Polit. Korresp.“ aus Nagasa von heute meldet, von einer in Cetinje abgehaltenen Versammlung der herzogwittichen Führer sei beabsichtigt worden, alle Rajahs zu den Waffen zu rufen. Die unter Herzogovina habe aber jede Theilnahme bestimmt verweigert, da die dort maßgebenden Persönlichkeiten entschieden zu Oesterreich hinneigen. Seit vorgestern seien alle Kämpfe bei Sutari eingestellt. Im Montenegro seien, wie es heißt, Nachrichten von befreundeter Seite eingelangt, in welchen den Montenegroern anempfohlen werde, dem energischen Auftreten Oesterreichs gegenüber nicht auf alzu weitgehenden Ansprüchen zu bestehen.

Brag, 22. Juni. Hiesige Journale melden, daß für den Kaiser Wilhelm, welcher zum Kirchengraube in Teplitz einreisen würde, bereits Wohnung bestellt worden sei. Die Zeitungen kündigen gleichfalls an, daß in Teplitz eine Zusammenkunft des Kaisers von Deutschland mit dem Kaiser von Oesterreich stattfinden solle.

Petersburg, 22. Juni. Der „Golos“ veröffentlicht den ihm aus Konstantinopel zugegangenen französischen Text eines ethnographischen Protokolls der Flotte gegen die durch den Vertrag von San Stefano festgestellte Grenze Bulgariens. Das Dokument, welches von den türkischen Bevollmächtigten dem Kongresse vorgelegt werden würde, soll dem „Golos“ zufolge auf dem russischen satirischen Werte Leploffs über Bulgarien beruhen. Wie das genannte Blatt weiter bemerkt, seien die gesammelten Zahlenangaben dieses satirischen Wertes in dem Altentstunde unrichtig wiedergegeben.

Paris, 22. Juni. Man spricht von der Berufung eines internationalen Kongresses von Rechtsgelehrten, deren Aufgabe es sein soll, ein internationales Handelsrecht zu entwerfen.

— Nach hiesigen Informationen macht die intransigente Welpenpartei gewaltige Anstrengungen, um den Prinzen Ernst August zu bewegen, auf dem Standpunkte seines Vaters zu verharren und nicht einer verständlicheren Richtung nachzugeben. Wahrscheinlich werden diese Bemühungen erfolgreich sein und führe dann ein Protest zu erwarten. (Post.)

Windsor, 23. Juni. Die Leiche des vormaligen Königs von Hannover ist heute Morgen 6 Uhr 20 Minuten hier angekommen und, von einer Abtheilung der Leibgarde eskortirt, nach der St. Georgskapelle gebracht worden.

Madrid, 22. Juni. Die Königin ist am gastrischen Fieber erkrankt. Man fürchtete anfangs, es würde ein typhöses Fieber werden. Die Verwandten der Königin werden morgen hier erwartet.

Konstantinopel, 22. Juni. Regierungseits wird die Nachricht verschiedener europäischer Zeitungen, wonach der türkische Konsul in Semlin seiner Zeit an dem Komplotte gegen den Fürsten Milan theilgenommen haben sollte, in bestimmter Weise als unbegründet bezeichnet. Ebenso sei auch die Meldung serbischer Organe, daß dieses Komplotte damals von der türkischen Regierung und von dem Fürsten Kara Georgewitsch unterstützt worden sei, durchaus unrichtig.

Athen, 22. Juni. Der Aufstand in Thessalien nimmt größere Dimensionen an.

Vom Kongreß.

Berlin, 22. Juni. Die vierte heute Sitzung des Kongresses begann pünktlich um 2 Uhr Nachmittags; ein Theil der Bevollmächtigten fuhr vor, einige kamen zu Fuß. Die Wilhelmstraße war nur auf der Westseite für Fußgänger abgesperrt, damit die Einfahrt der Diplomaten nicht gehindert wurde. Auf der Tagesordnung für heute steht, wie zuverlässig verlautet, die bulgarische Frage und weiter hören wir von genau unterrichteter Seite, von den Türken sei ein ethnographisches Memorandum aufgesetzt, das heute dem Kongreß zugehen werde. In diesem Memorandum wird der Nachweis versucht, daß der Stefano-Vertrag, wenn er unverändert bliebe, für Bulgarien völlig unhaltbare Zustände schaffe. Aus ihrem statistischen Material haben die türkischen Bevollmächtigten sich Geheiß gemacht, es im Gegentheil unter den Diplomaten circuliren lassen, und so erklärt sich's, daß Rußland bereits erklärt hat, das Memorandum sei wertlos, weil die statistischen Angaben wissenschaftlich anspruchlos wären. Die Griechen werden heute möglichenfalls noch nicht eintreffen, weil es sich zunächst um die Abgrenzung des neuen Bulgariens und um dessen militärische Einrich-

tung handelt. Die diplomatischen Vorbereitungen hielten sich gestern Nachmittag und heute bis zur Eröffnung des Plenums in engen Grenzen, was man als ein günstiges Zeichen zu deuten geneigt ist. Lord Beaconsfield verließ heute gegen 11 Uhr mit einem Postkutsch den „Kaiserhof“ zu einem Spaziergang im Thiergarten und dann begab er sich zu Russell und Salisbury, mit denen zusammen er in den Kongreß fuhr. Heute Abend erwartet Direktor Bobinus die sämtlichen Bevollmächtigten bis auf Großkaplan und Bismarck im zoologischen Garten. Hernach werden die Herren bei St. Waller sein.

— Die heutige Kongresssitzung dauerte von 2 bis 5 1/2 Uhr. Die Bevollmächtigten verließen das Reichstagsparlament meist zu Fuß. In der bulgarischen Frage liegt der Schwerpunkt in der Bestimmung der Grenze unterhalb des Balkans mit den türkischen Besitzungen. Nach dieser Richtung dürfte die Regelung erfolgen.

— Die „Kreuzzeitung“ schreibt zum Kongreß: Wenn man aus den Vorbereitungen der bulgarischen Frage, namentlich aus der Wahl der Persönlichkeiten, welche an jener Theil nahmen, irgend einen Schluß zu ziehen wagen will, so dürfte man vielleicht zu der Annahme gelangen, daß es sich zunächst immer noch um die Festlegung der Grenzen Bulgariens oder beider Bulgarien und namentlich um die dortigen zukünftigen militärischen Verhältnisse, freilich um das türkische Besatzungsrecht im südlichen Bulgarien, handelt. Wenigstens sind in den letzten Tagen mehrfach Militärs der verschiedenen Mächte zu den Besprechungen hinzugezogen worden.

— Die „Kreuzzeitung“ schreibt ferner: Die von dem „Globe“ gebrachte Veröffentlichung des englisch-russischen Separat-Übereinkommens, welche in einer, man kann jetzt wohl sagen, für alle Theile unerwarteten Weise zwischen die erste und die zweite Sitzung des Kongresses geschoben wurde, hat allerseits einen fatalen Eindruck gemacht. Befriedigt hat diese Art der Veröffentlichung Niemanden, befreit Alle, erbittert Manche. Ganz aufgekratzt ist es noch nicht, wer eigentlich der Urheber der Veröffentlichung ist; darüber aber scheinen kaum noch Zweifel zu walten, daß weder ein russischer noch ein englischer Diplomat ein Interesse daran haben konnte, gerade in jenem Augenblicke das Separat-Übereinkommen in die Öffentlichkeit zu bringen, daß dasselbe vielmehr auf Umwegen bekannt geworden ist, welche einem hiesigen Blatte von Wien aus mit den Worten gekennzeichnet werden, daß der Diplomat, der diese Veröffentlichung hervorrief und bereits für den Alibi Beweis geführt hat, „eines jener Meisterwerke dritten Ranges verübte, die ihn schon häufig glücklich sind.“ Bei der Lage der Dinge kann es nicht Wunder nehmen, daß man russischer- wie englischerseits die Veröffentlichung des Abkommens vom 30. Mai von sich abzulehnen sucht. Vorurtheillich wird man auch an anderer Stelle als Urheber dieser Publikation nicht gelten wollen. — Wenn das Übereinkommen, wie schon bemerkt, eine günstige Aufnahme nirgends gefunden hat, so scheint doch die allerungünstigste da ihm geworden zu sein, wo man vielleicht am wenigsten darauf gefaßt war, in Konstantinopel. Die Flotte fühlt aus den Enthüllungen des „Globe“ das bis dahin wenigstens äußerlich noch verhielt genehme Protektorat heraus, welches England über die asiatische Türkei in jenem Abkommen sich unter der Zustimmung Rußlands zu verschaffen gewußt hat. Es fällt jetzt den Diplomaten am Goldenen Horn wie Schuppen von den Augen, daß der Sultan in Athen in die gleiche Abhängigkeit von England gebracht werden soll, welche bereits seit Jahren von London aus über den Aedonide sich geltend gemacht hat. Die eigenartige Haltung der türkischen Kongreßbevollmächtigten dürfte wohl nicht ohne Zusammenhang mit jenen Auffassungen sein.

— Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt zum Kongreß: Wie man hört, haben die gestern stattgehabten und heute von 12 Uhr Mittags bis zur Eröffnung der Kongresssitzung fortgesetzten Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten von England, Rußland und Oesterreich ein definitives Resultat für die heutige Sitzung noch nicht ergeben, doch dürfte die Annahme richtig sein, daß bezüglich der allgemeinen Grenze Bulgariens ein Einverständnis erzielt ist. Die selbe soll bis zum Balkan reichen, dergestalt, daß die Büsche den Türken resp. zu Rumelien gehören. Ueber andere Fragen haben, wie verlautet, die russischen Bevollmächtigten die Entscheidung des Kaisers Alexander eingeholt.

London, 22. Juni. (W. L. B.) Die „Times“ bringt ein Berliner Telegramm, nach welchem die Delegirten Englands, Oesterreichs, Rußlands sich gestern Abend über folgende Punkte, vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses, verständigt hätten: Bulgarien endet an Balkan, die Türkei ist berechtigt die Balkanpässe zu besetzen und feste Plätze zu besetzen. Sofia bildet einen Theil Rumeliens, Bama dagegen einen Theil Bulgariens, die Türken behalten Burgas. Die nördlichen Grenzen Montenegro's und Serbiens werden eingeschränkt und die betreffenden Staaten dafür im Süden entschädigt. Das W. L. B. (Fortsetzung in der Beilage.)

Bekanntmachung.

Unter Aufhebung des Wasserwerks-Reglements und des Tarifs vom 22. April 1876 tritt vom 1. Juli 1878 ab nachstehendes Reglement nebst Tarif für die Benutzung der öffentlichen Wasserleitung in Kraft.

Reglement

für die Benutzung der öffentlichen Wasserleitung mittelst Privat-Abzweigungen.

§ 1. Wer aus der öffentlichen Wasserleitung eine Abzweigung zum Privatgebrauch anlegen resp. die städtischen Wasserrohre in das Innere eines Hauses weiter leiten will, hat sein Vorhaben im Bureau der Wasserwerks-Verwaltung unter Benützung der gedruckten Anmelde-Formulare anzumelden.

Anmeldungen dieser Art werden nur von den Hauseigentümern, von Ausmietern und Mietern aber nur in dem Falle angenommen, daß der Eigentümer seine besondere schriftliche Genehmigung dazu erteilt hat.

§ 2. Die Anmelde-Formulare sind in allen betreffenden Positionen genau und pflichtmäßig auszufüllen.

Von der Richtigkeit der Angaben wird sich die Wasserwerks-Verwaltung an Ort und Stelle überzeugen, worauf die Einschätzung — soweit solche nötig — nach dem Wasserzeldtarife erfolgen und der bezüglich der Tariffätze ergänzte Anmeldebogen nebst diesem Reglement dem Anmeldenden in zwei Exemplaren verabfolgt wird, deren eines er in Anerkennung der Richtigkeit des Inhalts zu vollziehen und der Verwaltung zurückzugeben hat.

Den betreffenden Beamten des Wasserwerks ist bei der ersten Anmeldung wie bei späteren Veränderungen oder Erweiterungen (§ 4), sowie in jedem Falle, wenn eine dringliche Revision der Privat-Ableitung für nötig erachtet wird, der Zutritt zu allen, von der Leitung im Innern der Häuser berührten Lokalitäten auf Vorlegung einer Legitimation zu gestatten.

§ 3. Der Anmeldende ist zur genauen Befolgung dieses Reglements resp. derjenigen Änderungen, welche durch eine etwa später erfolgende, den städtischen Behörden jederzeit vorbeschaltene Revision des Reglements und Tarifs oder durch sonstige neue Bestimmungen herbeigeführt werden, verpflichtet, desgleichen zur Zahlung der nach den revidierten Ansätzen auf dem Anmeldebogen tariffäßig berechneten Summen und hat sich zugleich derjenigen Veränderungen in der Bezahlung zu unterwerfen, welche durch spätere Veränderungen im Grundstücke herbeigeführt werden.

Die Veranlagungs-Ausschreiben gehen den Konsumenten alljährlich resp. nach erfolgter Anmeldung zu und gelten die darin berechneten Sätze auf ein Jahr, sofern von den betreffenden Abnehmern die rechtzeitige Abmeldung — cir. § 15 — veranlaßt wird resp. nicht innerhalb 6 Wochen nach Behändigung der Veranlagungs-Ausschreiben Reklamationen hiergegen angebracht werden.

Nicht rechtzeitig bewirkte Abmeldungen und Reklamationen werden zurückgewiesen und hat Konsument dann den betreffenden Betrag voll zu entrichten, gleichviel, ob das Wasser zu den angegebenen Zwecken verwendet wird oder nicht.

§ 4. Für alle Veränderungen oder Erweiterungen der Leitungen innerhalb der Grundstücke, gleichviel, ob dadurch die Zahlungsverpflichtung der Besitzer resp. der Konsumenten modifiziert wird oder nicht, ist im Bureau des Wasserwerks von dem betreffenden Hauseigentümer resp. dem ausführenden Unternehmer schriftlich oder durch protokolllarische Erklärung, die Genehmigung einzuholen.

Gest ein Grundstück, in dem sich eine Privatleitung befindet, in andere Hände über, so sind der alte Besitzer resp. die Erben desselben verpflichtet, der Wasserwerks-Verwaltung hiervon Anzeige zu machen, widrigenfalls der bisherige Besitzer oder dessen Erben für die auf dem Grundstücke ruhenden Verpflichtungen der Wasserwerks-Verwaltung gegenüber haftbar bleiben.

§ 5. Anträge auf Erweiterungen der städtischen Rohrstränge über die Grenzen des vorhandenen Rohrnetzes hinaus unterliegen in jedem Falle der besonderen Genehmigung des Curators des Wasserwerks beziehungsweise besonderer regulativmäßiger Regelung.

Für alle der Kommunal-Versicherung unterworfenen Häuser wird das Zuleitungsrohr vom Straßenrande bis zu dem regelmäßig auf dem Bürgersteige anzubringenden Abflußhahn seitens der Wasserwerks-Verwaltung auf Kosten des Eigentümers gegen Vollziehung eines Auerkes gelegt und geht alsdann in das Eigentum der Stadt über. Das Schließen und Öffnen dieses Abflußhahns darf ausnahmslos nur durch die Wasserwerks-Verwaltung bewirkt werden.

Der Regel nach darf kein Grundstück von einem Neben- oder Nachbargrundstück mit Wasser versorgt werden, vielmehr muß ein jedes eine besondere Zuleitung vom Straßenrohrstrange haben.

Dagegen wird Grundstücken von großer Ausdehnung unter Umständen auf besonderen Antrag des Besitzers mehr als eine Anschlußleitung gestattet werden.

Wenn sich mehrere Konsumenten ein gemeinschaftliches Abzweigrohr von dem Hauptrohrstrange anlegen, so verpflichten sie sich hierdurch, für die von ihnen übernommenen Verbindlichkeiten in der Weise solidarisch zu haften, daß die Verwaltung des Wasserwerks berechtigt ist, das gemeinschaftliche Abzweigrohr zu schließen, wenn ihr dies Recht einem der Beteiligten gegenüber zusteht.

§ 6. Die Weiterführung der Privatleitungen, wie die Beschaffung und Instandhaltung der ganzen Hausleitungs-Einrichtung ist Sache des Hausbesizers, der sich solche durch Privat-Unternehmer unter den nachfolgenden Modalitäten liefern und legen lassen kann.

Sollten Veränderungen in der Anschlußleitung durch Veränderungen an der öffentlichen Rohrleitung nötig werden, so trägt die besaglichen Kosten die Stadt.

In allen Fällen hat die Wasserwerks-Verwaltung das Recht, aber nicht die Pflicht, die angelegten Hausleitungen zu revidieren und wird erforderlichen Falls, wenn die Arbeit schlecht oder vorchriftswidrig ist, die Gewährung von Wasser so lange verweigern, bis die Mängel beseitigt sind.

§ 7. Alle speziellen Modalitäten der Privatleitungs-Anlage, welche die Verwaltung des Wasserwerks im öffentlichen Interesse oder zur Fernhaltung von Conventationen für nötig erachten sollte, ist der betreffende Hausbesitzer zu befolgen verbunden.

Allgemein gelten für die Privatleitungen folgende Vorschriften:

1) um eine plötzliche Hemmung der Wasserströmung und das bei dem Rückstoß auf die Zuleitungsrohre und daran befindlichen Hähne zu bezorgende Risiken der ersten zu verhindern, dürfen zum Abzapfen des Wassers nur Niederdruckhähne, keinesfalls aber Wirbel- oder Conus-Hähne angebracht werden. Letztere werden nur da zugelassen, wo dieselben als Absperrvorrichtungen für einzelne Zweigleitungen dienen und wo das Schließen bewirkt werden kann, während das Wasser im Rohre sich in Ruhe befindet.

Als Abzapfhähne werden solche betrachtet, aus welchen nach deren Öffnung das Wasser entweder frei ausläuft oder in Schläuchen weiter geführt wird. Die Privathaupthähne oder Privathauptventile dürfen zur Wasserentnahme nicht benützt werden.

2) Die im Innern der Grundstücke als Zuleitungsrohre verwendeten Blei- oder Eisenrohre müssen mindestens folgendes Gewicht haben:

13 mm Weite pro lfd. Meter	2,5 Kilogramm,
20 mm " " " "	3,6 " " " "
25 mm " " " "	4,8 " " " "

3) Zur Sicherung jeder Hausleitung ist der Frontmauer möglichst nahe an einer geeigneten, leicht zugänglichen Stelle ein Abflußhahn mit Entleerungs-Vorrichtung in die Leitung einzuschalten.

4) Die Leitungen und Auslaufvorrichtungen sollen derartig angelegt werden, daß sie der Einwirkung des Frostes möglichst entzogen sind, also im Freien mindestens 1,5 Meter tief, für Leitungen in Gärten zc., welche im Winter ganz abgestellt und entleert werden können, ist geringere Tiefe zulässig.

In Gebäuden sollen die Leitungen weder an Frontmauern, noch an Kommunalmauern, noch an solche Wände verlegt werden, welche der directen Einwirkung des Frostes ausgesetzt sind, sondern an Zwischenwänden und durch solche Räume, in welchen das Einfrieren nicht zu erwarten ist (z. B. Küchenwände), niemals aber über kalte Corridore.

Wo eine solche Leitung durchaus nicht zu vermeiden ist, soll an dem Rohre an einer Stelle, wo es noch frostfrei liegt und ehe es in die kalten Räume eintritt, eine Abstell- und Entleerungs-Vorrichtung angebracht werden. Dabei ist zu beachten, daß diesem Theile des Rohres keine derartigen Biegungen gegeben werden, daß darin trotz dem Definen der Entleerungsvorrichtung das Wasser stehen bleibt. Umpfüllung der Rohre ist als ausreichender Schutz vor dem Einfrieren nicht anzusehen.

Es ist zu empfehlen, die Abfallrohre ebenfalls so anzulegen, daß ein Einfrieren nicht stattfinden kann.

5) Alle Leitungen sollen der Art steigend gelegt werden, daß es möglich wird, mittels einer oder mehrerer Entleerungsvorrichtungen alles Wasser aus den Leitungen zu entfernen.

Sämmtliche Entleerungsvorrichtungen sollen leicht zugänglich sein.

6) Unter jedem Auslaßhahn resp. seiner Ausflußöffnung in den Gebäuden soll sich eine Abflußvorrichtung befinden, welche im Stande ist, so viel Wasser abzuführen, als durch den vollständig geöffneten Hahn zufließen kann.

7) Alle Einrichtungen, durch welche feste Excremente (Fäkalstoffe) den städtischen Kanälen zugeführt werden, sind bis auf weiteres verboten.

Bei Vorrichtungen zum Spülen der Aborte dürfen die Ventile nicht direct mit der Leitung in Verbindung gebracht werden, vielmehr ist zur Speisung derselben ein Reservoir an geeigneter Stelle anzulegen.

8) Der Zufluß des Wassers für Pissoirs und Spülvorrichtungen für Aborte ist durch besondere Regulirungsöffnungen ein für alle Mal zu regeln, die von der Verwaltung des Wasserwerks für die Selbstkosten geliefert werden und seitens des Besitzers eigenmächtig niemals verstellt werden dürfen.

Bei den bereits vorhandenen Pissoirs und Spülvorrichtungen für Aborte werden diese Regulirungsöffnungen nachträglich auf Kosten des Wasserwerks eingeschaltet.

9) Directes Speifen von Dampfheißeln aus der Leitung des Wasserwerks ist nicht gestattet.

10) Der Anschluß an die Mähren des Wasserwerks, die Fieberung, Aufstellung und Wiederabnahme der Wassermesser ist lediglich Sache der Wasserwerksverwaltung, den mit Herstellung der Wasserleitung in den Grundstücken beauftragten Gewerken oder Unternehmern also nicht gestattet.

§ 8. Das Wasser zum Haus- und Wirtschafts-Bedarfe wird den der Communal-Versicherung unterliegenden Häusern unentgeltlich verabfolgt.

Wird der Anschluß anderer, dieser Versicherung nicht unterworfenen Häuser beantragt, so wird, wenn nicht die Bezahlung alles zum Verbrauch kommenden Wassers nach dem Wassermesser seitens der Wasserwerks-Verwaltung vorgezogen wird, der Nutzungswert solcher Häuser von der städtischen Commission zur Einschätzung der Grund- und Miethsteuer abgeschätzt, und ist von dem so ermittelten Betrage 2 1/2 pro Cent pro Jahr in monatlichen Raten pränumerando zur Kammerei-Kasse für das zum Haus- und Wirtschafts-Bedarfe benötigte Wasser zu zahlen.

§ 9. Für das ohne Wassermesser zu entnehmende, aber nach dem Tarife zu bezahlende Wasser, mit Anschluß des Wassers zum Dauen, wird die Vergütung vierteljährlich pränumerando zur Kammerei-Kasse eingezahlt und bei nicht erfolgreicher rechtzeitiger Zahlung im Exekutionswege wie die Steuer eingetrieben.

Der Wasserwerks-Verwaltung steht es außerdem frei, die für den besondern, zu bezahlenden Wasserverbrauch eingerichteten Zuleitungen zu schließen und darf, wenn die Bezahlung nachträglich erfolgt, für die Zeit des Verschusses ein Abzug an der Vergütung nicht gemacht werden.

§ 10. Für das nach einem Wassermesser entnommene Wasser erfolgt die Bezahlung allmonatlich und zwar innerhalb 8 Tagen nach Behändigung der von der Wasserwerks-Verwaltung aufgestellten Rechnung an die auf derselben bezeichnete Kasse.

Erfolgt die Bezahlung nicht innerhalb dieser Zeit, so wird die Wasserleitung nach Ablauf derselben geschlossen, gleichviel, ob dadurch die Entnahme von Wasser zum Haus- und Wirtschaftsbedarf aufhört oder nicht, und bleibt der Besitzer zur Zahlung der nach Aufstellung der Rechnung entnommenen Wassersumme nach wie vor verpflichtet.

Ebenso erfolgt die Schließung der Wasserleitung bei mißbräuchlicher Entnahme von Wasser vor dem Wassermesser.

§ 11. Die Wassermesser werden von der Wasserwerks-Verwaltung entweder gegen Entrichtung der Selbstkosten geliefert und aufgestellt oder miethweise abgegeben. Die Anwendung anderer als der von der Wasserwerks-Verwaltung gelieferten Wassermesser ist unstatthaft. Der für die Verleihung der Wassermesser nach dem Tarife zu zahlende jährliche Mietzinspreis ist mit dem Wasserzins pro Kasse abzuzahlen.

Wird ein Wassermesser schadhast und zeigt einen unverhältnismäßig geringen, oder gar keinen Wasserverbrauch, so ist die zu zahlende Summe nach dem durchschnittlichen Consum pro vorhergehenden und nachfolgenden Zeit festzusetzen, vorausgesetzt, daß nicht Umstände vorliegen, welche eine erweiterte Berechnung als geboten erscheinen lassen.

Die von den Consumenten eigentümlich erworbenen Wassermesser werden von der Wasserwerks-Verwaltung gegen Ertrag der baaren Auslagen unterhalten.
Ebenso hat Consument für jede äußere Beschädigung, welche einem gemieteten Wassermesser zugefügt wird, aufzukommen.
Während der Dauer der Reparatur werden von der Wasserwerks-Verwaltung leihweise Wassermesser eingeschaltet und haben die betreffenden Wassermesser-Eigentümer für diese Zeit die tarifmäßige Miete zu entrichten.

Jeder Consument ist verpflichtet, dem Personal des Wasserwerks jederzeit die Revision und Umstellung des Wassermessers zu gestatten und dafür zu sorgen, daß derselbe stets zugänglich und das Zifferblatt frei ist und daß am Zeigerwerk keine Manipulationen vorgenommen werden.

§ 12. Der Besitz einer Privatleitung giebt die Befugniß, aus derselben alles zum hauswirthschaftlichen Gebrauche sämtlicher Hausbewohner sowie alles zum Betriebe der in der Anmeldung angegebenen Gewerbe, resp. für die sonstigen darin bezeichneten Zwecke erforderliche Wasser und zwar mittels besonderer Leitungen in die einzelnen Räume oder mittels bloßer Zapfhähne oder Wasserhähne innerhalb der Häuser, Gärten oder Höfe zu entnehmen.
Jede Entnahme von Wasser zu anderen Zwecken als zum hauswirthschaftlichen Gebrauche ohne vorherige Anmeldung und jede Vorrichtung zur heimlichen Ableitung des Wassers zu anderen Zwecken ist untersagt und strafbar. Auch darf dasselbe nicht durch Nachlässigkeit oder aus Ruchwillen vergeudet, noch an Personen, welche weder zur Entnahme von Wirtschaftswasser noch für gewerbliche Zwecke berechtigt sind, sei es gegen Entgelt oder unentgeltlich, abgelassen werden.

Insondere ist es — sofern nicht etwas Anderes ausdrücklich in dem zweiten Anmeldebogen oder sonst schriftlich bewilligt worden und außer bei Biffours — nicht gestattet, das Wasser aus irgend einem Theile der Leitung beständig laufen zu lassen.

Von 12 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens muß die Leitung zur Spülung der Biffours von den betreffenden Besitzern geschlossen werden, und darf während dieser Zeit eine Spülung nicht stattfinden.

Ebenso wenig darf zur Spülung der Aborte, oder zur Verhütung des Einfrierens der Leitungen, sowie zur Kühlung im Sommer das Wasser beständig laufen.

Auch bei Benutzung des Wassers zum Besprengen der Gärten, Pflanzen, Straßen und Höfe darf ein freies Auslaufen nicht stattfinden, vielmehr muß derjenige, welcher die Besprengung ausführt, die Ausflussmündung des Schlauches oder der Spritze in seiner Hand behalten, oder die Besprengung durch eine verriegelte, rotirende Spreng-Vorrichtung bewirken. Schlauche, d. h. Vorrichtungen, die mit einem oder mehreren Hähnen zum Anschrauben von Feuerhähnen versehen sind und stets gefüllt erhalten werden, kann der Besitzer einer Privatleitung in beliebiger Zahl anbringen, dieselben dürfen aber, sofern der Ausfluß nicht unter Wassermessercontrole steht, nur bei Feuergefahr geöffnet werden.

Wenn ein Hahn, ein Hahn, ein Ventil oder sonst ein Theil der Leitung nicht dicht ist und dadurch ein Permeiren des Wassers verursacht wird, so hat der Besitzer der Privatleitung der Wasserwerks-Verwaltung unverzüglich Anzeige zu machen und für die sofortige Reparatur dieses Fehlens zu sorgen, auch wenn ihm selbst aus der Unterlassung derselben kein Nachtheil erwachsen würde.

§ 13. Contractionen gegen die in diesem Reglement enthaltenen Vorschriften werden nach Maßgabe der zum Schutz der städtischen Wasserleitung erlassenen Polizei-Verordnung geahndet.

Halle, den 12. Juni 1878.

Außerdem bleibt der Contrauent verpflichtet, das vergebene Wasserquantum zu bezahlen. Die Dienstherrschaft, sowie der Besitzer der Privatleitung, resp. dessen im Hause wohnender Bevollmächtigter, welche wissenschaftl. Contractionen der vorgedachten Art gegen die Hausbewohner bulden, sind der Bestrafung gleichfalls unterworfen und haften solidarisch für das vergebene Wasser.

Bei Uebertretungen der im § 7 Nr. 1 bis 10 enthaltenen Vorschriften wird die Privatleitung bis zur vorchriftsmäßigen Einrichtung derselben geschlossen; bei Uebertretungen der Vorschriften des § 12 ist die Wasserwerks-Verwaltung zur Schließung der Privatleitung berechtigt ohne Rücksicht darauf, ob bei der Contraction unbeeinträchtigte Grundstücks-Bewohner dadurch mitbetroffen werden oder nicht.

§ 14. Zur Controle mißbräuchlichen Wasser-Verbrauchs und des nach Pauschaltzügen ohne Wassermesser stattfindenden Wasser-Consums für gewerbliche und andere Zwecke, wofür Bezahlung zu leisten ist, kann die Wasserwerks-Verwaltung jederzeit und zunächst auf städtische Kosten einen Wassermesser einschalten lassen.

Uebersteigt nach dem Wassermesser bei angeblich ausschließlicher Entnahme von Wasser zum bloßen Haus- und Wirtschaftsbearbeitung der durchschnittliche jährliche Verbrauch das bei Zugrundelegung von 1/60 cbm pro Tag und Kopf der Hausbewohner sich ergebende Wasser-Quantum, so ist der Mehr-Verbrauch über den Maximal-Betrag nach den Tariffätzen für das nach dem Wassermesser entnommene Wasser zu vergüten.

Ebenso ist, wenn der Wassermesser einen höheren Verbrauch für gewerbliche und andere Zwecke ergibt, als durch die bewilligten Pauschaltzüge vergütet wird, die Bezahlung des Wassers für die controlirte Zeit nach diesem letzteren Satze nach dem Tarife für das nach Wassermesser verabsolgte Wasser zu leisten.

Außerdem sind der Wasserwerks-Verwaltung in beiden Fällen die Kosten für die Anbringung des Wassermessers zu ersetzen und die eingeschalteten Wassermesser von dem betreffenden Hausbesitzer käuflich zu erwerben oder miethsweise zu entleihen, sofern nicht etwa wegen einer anderweitigen Pauschal-Bezahlung ein Abkommen mit der Verwaltung vereinbart wird.

§ 15. Abgesehen von den vorausgeführten Fällen (§§ 9, 10, 13), welche die Wasserwerks-Verwaltung zu einer sofortigen Schließung der Leitung berechtigen, erfolgt eine solche bei Verwendung von Wasser zu gewerblichen und anderen, der tarifmäßigen Bezahlung unterliegenden Zwecken nach einer sowohl der Stadt wie dem Besitzer der Privatleitung zustehenden dreimonatlichen Kündigung jedoch nur zu den Terminen am 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. October.

Die Kündigung seitens des Privatbesizers muß schriftlich im Bureau der Wasserwerks-Verwaltung eingegeben werden und wird über den Empfang eine Bescheinigung erteilt. Sobald aus irgend einem Grunde die fernere Benutzung einer Privatleitung aufhört, muß der Besitzer derselben, wenn solches von der Wasserwerks-Verwaltung verlangt wird, auf seine Kosten die Trennung derselben von der öffentlichen Rohrleitung und die Herstellung der etwa dabei vorkommenden Beschädigungen in derselben Weise bewirken lassen, wie dies bei der Anlage der Fall war (§ 6).

§ 16. Der Besitzer einer Privatleitung erlangt dadurch, daß die Wasserleitung längere oder kürzere Zeit nicht benutzt gewesen ist, oder daß dieselbe das erordnete Quantum Wasser nicht geliefert hat, oder daß das Wasser nicht bis zu der gewünschten Höhe gestiegen ist, endlich durch den Umstand, daß die Wasserleitung eine temporäre Unterbrechung erlitten hat, keinen Anspruch, auf völligen oder theilweisen Erlass der bedungenen Bezahlung oder auf irgend einen andern Schadenersatz zu erheben, vielmehr unterliegt die ausnahmsweise Bewilligung von Erlassen für solche Fälle ausschließlich der Beschlußnahme des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Magistrat.
v. B. o. f.

Wassergeld-Tarif.

1. Wasser zum Haus- und Wirtschaftsbedarf.

In das Wasser zum gewöhnlichen Haus- und Wirtschaftsbedarf, welches allen zur Communalbevölkerung herangezogenen Häusern bis zu 1/60 cbm pro Tag und Kopf der Hausbewohner unentgeltlich zugeführt wird, ist nur inbezugnehmend das zum Trinken, Kochen, Waschen, Scheuern und Spülen für die Hauswirtschaftlichen (nicht das Wasser zum Spülen der Keller, Niederlagsräume und Ställe, sowie der Gefäße und Flaschen zum Betriebe eines Gewerbes), zum Baden und zum Sprengen beim Regen der Straßen und Höfe erforderliche Wasser.

- Nicht inbezugnehmend, vielmehr besonders zu bezahlen ist:
- das Wasser für Biffours und Spülvorrichtungen für Aborte, und zwar ist zu entrichten von jedem Biffour in den Häusern und Höfen jährlich 4 Mark und wenn das Biffour nicht einen einzelnen Stand, sondern eine für zwei und mehrere Personen gleichzeitig benutzbare Rinne bildet, für jeden laufenden Meter derselben 6 Mark, für eine Abort-Spülvorrichtung aber ein nach der Lokalität festzusetzender Pauschalzins von 3 — 15 Mark jährlich.
 - das Wasser für Ställe und Remisen, und ist zu zahlen:
 - für jedes Pferd 4 Mark, für jedes Stück Rindvieh 3 Mark jährlich,
 - für jeden zum Personen-Transport bestimmten Wagen jährlich 3 Mark.
 Leitern, Stoll- und andere Arbeitswagen werden nicht veranlagt.

Ist der Bestand ein wesentlicher Theil des Gewerbebetriebes, wie bei Fuhrferren, Oefenonnen, Weidhändlern, Fleischern, Stärksabrikanten u. s. w., so bleibt der Wasserwerks-Verwaltung überlassen, nach Abtheilung 2 dieses Tarifs einen Pauschal-Wassersatz oder die Bezahlung nach dem Wassermesser eintreten zu lassen.

Pferdeställe in Gasthöfen und Ausspannungen und bei Pferdehändlern werden regelmäßig mit 60 Pfg. pro Jahr für je 1 m Krippenlänge, Schweine- und Schafställe mit 18 Pfg. für je 1 qm Grundfläche veranlagt.

- das Wasser für Gärten und Gewächshäuser:
 - bei Gärten bleiben 20 qm außer Betracht, im Uebrigen ist zu zahlen:

von 20 — 50	□ Meter incl.	= 1	Mark 50 Pfg.,
51 — 100	"	= 3	"
101 — 200	"	= 6	"
201 — 300	"	= 8	" 75
301 — 400	"	= 11	" 25
401 — 500	"	= 13	" 50
501 — 600	"	= 15	" 75
601 — 700	"	= 17	" 75
701 — 800	"	= 19	" 75
801 — 900	"	= 21	" 50
901 — 1000	"	= 23	" 25
1001 — 1100	"	= 24	" 75
1101 — 1200	"	= 26	" 25
1201 — 1300	"	= 27	" 75
1301 — 1400	"	= 29	"
1401 — 1500	"	= 30	"
1501 — 2000	"	= 1	für jede angefangene 100 qm über 1500,
 - dabei für 2000 " = 35 " —
 - " 2001 — 3000 " = 75 " für je 100 qm über 2000.

Für größere Gärten sind bei einem Wasserbedraute von 1 1/2 cbm täglich pro Sommerhalbjahr, Wassermesser zulässig und treten dann die unter Nr. 2 angegebenen Sätze mit der Maßgabe ein, daß pro Sommerhalbjahr mindestens 26 Mark zu entrichten sind.
b) für den Wasserbedarf in Gewächshäusern sind jährlich 28 Pfg. für jeden qm des vom Gewächshause eingeschlossenen Raumes zu entrichten.

2. Wasser zu gewerblichen Zwecken.

Jeder Verbrauch von Wasser zu gewerblichen Zwecken ist ausdrücklich und bei Verwendung der in § 13 des Reglements angeordneten Straßen und Nachtheile anzumelden und regelmäßig besonders zu bezahlen.

Die Bezahlung erfolgt entweder nach Pauschaltzügen, die von der Wasserwerks-Verwaltung unter Revers an das Curatorium des Wasserwerks festgesetzt werden, oder bei einem Wasserbedraute von mindestens 1 1/2 cbm täglich nach Verlangen des Abnehmers oder der Verwaltung nach Wassermesser.

Bei Feststellung der Pauschaltzüge wird ein Preis von 15 Pfg. pro cbm Wasser zum Grunde gelegt und ist als Regel ein Minimalatz von 3 Mark jährlich zu zahlen.

Bei den Fleischern werden, und zwar bei denen, die nur Rindvieh oder Schafvieh schlachten, 3,5 cbm, bei denen, die nur Schweine schlachten, 5 cbm, bei denen, die bald Schweine, bald anderes Vieh schlachten, 4 cbm, bei den Wädern 2 cbm auf jede Mark der Gewerbebesitzer gerechnet und findet bei den Fleischern ein Minimalatz von 6 Mark statt.

Bei Brauntöpfen-Formereien ist ein Pauschaltatz von 8 Pfg. pro qm des Formplatzes für das Sommerhalbjahr, und ein Minimalatz von 6 Mark jährlich zu zahlen.

Bei Verwendung des Wassers zum Speisen von Dampfmaschinen bedarf es der Zustimmung eines Wassermessers, wenn der Consument pro qm der feuerberührenden Fläche bei anschließlicher Brauntöpfen-Feuerung 6 Mark 75 Pfg., bei Steintöpfen-Feuerung 16 Mark 75 Pfg. pro Jahr entrichtet.

Bei Bezahlung des Wassers nach dem Wassermesser ist mindestens der Betrag von 52 Mark pro Jahr zu zahlen.

Die Wassermesser sind regelmäßig und wenn nicht ein Anderes ausdrücklich seitens der Wasserwerks-Verwaltung nachgelassen wird, am Ende des Jahres der Stadt gelegten Zulichtungsprotokoll (§ 5 des Reglements) einzuschalten, resp. dahin zu verlegen.

Wird das Wasser aus den Hausleitungen mit Genehmigung der Verwaltung nicht bloß zum hauswirthschaftlichen Bedarfe, sondern auch zu gewerblichen und sonstigen Zwecken aus einem und demselben Zulichtungsprotokoll hinter dem Wassermesser entnommen, so wird von dem durch den Wassermesser angezeigten Wasser-Quantum die nach den Bestimmungen in § 14 des Reglements ermittelte Maximal-Wassermenge für den Haus- und Wirtschaftsbedarf in Abzug gebracht und nur für den Rest Bezahlung nach den folgenden Tariffätzen mit der Maßgabe gefordert, daß mindestens der festgesetzte Minimal-Betrag von 52 Mark resp. 26 Mark — Nr. 1, 3. Litt. a. — zu entrichten ist.

- Nach Wassermesser ist zu entrichten:
- für jeden cbm Wasser bei einem täglichen Verbrauch bis zu 10 cbm = 11 Pfg. aber nicht unter 52 Mark jährlich,
 - bei über 10 bis zu 25 cbm, aber nicht unter 1 Mark 10 Pfg. täglich, tritt ein Erlaß um 7 1/2 % ein,
 - bei über 25 bis zu 60 cbm, aber nicht unter 2 Mark 55 Pfg. täglich, tritt ein Erlaß um 15 % ein,
 - bei über 60 bis zu 150 cbm, aber nicht unter 5 Mark 60 Pfg. täglich, tritt ein Erlaß um 23 % ein,
 - bei über 150 bis zu 350 cbm, aber nicht unter 12 Mark 70 Pfg. täglich, tritt ein Erlaß um 27 % ein,
 - bei 350 cbm und darüber, aber nicht unter 28 Mark 10 Pfg. täglich, tritt ein Erlaß von 30 % ein.

Der Erlaß wird für jedes mit besonderer Zulassung vom städtischen Rodeyney versehenen Grundstück für sich in Anrechnung gebracht.

3. Wasser für einzelne Zwecke.

1) Sprengen von Straßen und Höfen.
Wie ad 1 bemerkt, wird das aus den Hausleitungen mittels Stiefstammen entnommene Wasser zum Sprengen der Höfe und Straßen beifuss Reinigung derselben dem Haus- und Wirtschaftswasser beigeordnet und ist dafür nichts zu vergüten.